

Nachrichtenagentur APD
194/2018

Zur sofortigen Veröffentlichung

Themen: Religionsfreiheit/Verfolgung/Diskriminierung/USA/Adventisten



Teilnehmende am Ministertreffen zur Förderung der Religionsfreiheit im US-Außenministerium
© Foto: US-State Department/Public Domain

Adventisten beim Gipfeltreffen zur Religionsfreiheit der US-Regierung

Silver Spring, Maryland/USA | 03.08.2018 | APD | Vom 24. bis 27. Juli fand auf Einladung des US-Außenministeriums in Washington, D.C., das erste Gipfeltreffen dieser Art zur Religionsfreiheit statt. Es brachte Regierungsbeamte aus rund 80 Staaten sowie eine internationale Gruppe von religiösen Leitern und Nichtregierungsorganisationen zusammen. Eingeladen waren auch zwei Adventisten. Während drei Tagen hörten die Teilnehmenden aus erster Hand Berichte über religiöse Verfolgung und suchten nach Wegen zur Förderung der Religionsfreiheit als grundlegendes Menschenrecht, wie Adventist News Network (ANN) mitteilte.

Die Veranstaltung wurde von US-Außenminister Mike Pompeo moderiert. „Millionen von Menschen aller Glaubensrichtungen leiden jeden Tag unter religiöser Verfolgung“, sagte Pompeo, und das, obwohl die Religionsfreiheit, wie sie in Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte zum Ausdruck komme, im Völkerrecht verankert sei. Der Vizepräsident der Vereinigten Staaten, Mike Pence, wandte sich ebenfalls an die Konferenz und stellte fest, dass „tragischerweise 83 Prozent der Weltbevölkerung in Ländern lebt, in denen die Religionsfreiheit entweder bedroht oder sogar nicht vorhanden ist“.

Mangel an Religionsfreiheit eine Bedrohung

Sam Brownback, US-Botschafter für internationale Religionsfreiheit, erläuterte am Eröffnungstag des Gipfeltreffens, warum die Vereinigten Staaten der Religionsfreiheit Priorität einräumten: „Der Mangel an Religionsfreiheit ist überall eine Bedrohung für Frieden, Wohlstand und Stabilität. Das Recht auf Religionsfreiheit und die Möglichkeit, dem eigenen Gewissen zu folgen, ist in der Welt bedroht. Das muss sich ändern.“

Dr. Ganoune Diop, Direktor der Abteilung für Öffentliche Angelegenheiten und Religionsfreiheit (Public Affairs and Religious Liberty, PARL), sowie Dwayne Leslie, stellvertretender PARL-Direktor für legislative Angelegenheiten der weltweiten Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten, waren der Einladung des US-Außenministeriums zur Teilnahme gefolgt. „Adventisten glauben, dass die Gewissensfreiheit, das Recht zu glauben oder nicht zu glauben, ein Geschenk Gottes an jeden Menschen ist. Es ist ein Recht, das über nationale oder politische Interessen hinausgeht“, betonte Diop. Die Kirche begrüße jede Initiative, die das Bewusstsein für die Herausforderungen im Zusammenhang mit der Religionsfreiheit schärfe und die Menschen rund um das Thema zusammenbringe.

Brennpunkte der Verfolgung und persönliche Schicksale

Die Redner der Veranstaltung hoben Brennpunkte der Verfolgung in der ganzen Welt hervor: die tödliche Verfolgung von Christen in Nigeria, die harte Vorgehensweise gegenüber Rohingya-Muslimen in Myanmar, die Gewalt an Jesiden im Irak.

Andere Redner gaben persönliche Berichte über die verheerenden Auswirkungen religiöser Verfolgung. Jacqueline Furnari, Tochter des in der Türkei inhaftierten christlichen Pastors Andrew Brunson, sprach laut ANN „bewegend über die Notlage ihres Vaters und seinen unerschütterlichen Glauben“. Pastor Brunson, der seit über zwei Jahrzehnten mit seiner Familie in der Türkei lebt, ist seit Oktober 2016 in Haft und wird wegen Beihilfe zu einem Staatsstreich angeklagt, eine Anschuldigung, die er bestreitet.

Jamie Powell, die Frau des inhaftierten chinesischen Missionars John Cao beschrieb die nachlassende Gesundheit ihres Mannes seit seiner Verhaftung im Jahr 2017. Cao verbüßt eine siebenjährige Haftstrafe in China, nachdem er im Grenzgebiet zwischen Myanmar und China festgehalten wurde, wo er beim Bau christlicher Schulen geholfen habe.

Den Herausforderungen der Religionsfreiheit wirksamer stellen

Laut Dwayne Leslie, einem der beiden adventistischen Vertreter, zielte das Gipfeltreffen zur Förderung der Religionsfreiheit darauf ab, die Teilnehmenden zu motivieren, sich den Herausforderungen der Religionsfreiheit wirksamer zu stellen. Die Gruppenarbeiten während der dreitägigen Veranstaltung hätten die Möglichkeit geboten, Ideen und Erfahrungen auszutauschen und wertvolle Beziehungen aufzubauen. „Das Treffen war bemerkenswert, nicht nur, weil es ein breites Spektrum von Menschen, Regierungen und Organisationen zusammenbrachte, um sich mit der Religionsfreiheit zu beschäftigen“, sagte Leslie. „Es war wichtig, weil es die Absicht der Vereinigten Staaten signalisiert, sich langfristig mit diesem Thema zu befassen und mit anderen zusammenzuarbeiten, um weltweit handeln zu können.“

Seit mehr als 100 Jahren arbeiten die Siebenten-Tags-Adventisten mit verschiedenen Organisationen und Regierungen zusammen, um die Religionsfreiheit zu verteidigen und zu fördern. „Wir sind zur Zusammenarbeit mit anderen bereit, soweit unsere Werte

und Ziele übereinstimmen. Dieser Ansatz ist ausschlaggebend für unsere Teilnahme an diesem Gipfel der Religionsfreiheit und an anderen Foren“, unterstrich Diop.

Erklärung und Aktionsplan

Ein am letzten Tag der Veranstaltung herausgegebenes Dokument, die „Potomac-Erklärung“, umfasst eine Reihe von Bekenntnissen, darunter die Aussage, dass „jede Person das Recht hat, irgendeinen Glauben oder gar keinen Glauben zu haben sowie die Freiheit hat, den Glauben zu ändern“.

Außerdem wurde ein Aktionsplan veröffentlicht, in dem konkrete Maßnahmen beschrieben werden, welche Staaten zum Schutz von Minderheiten gefährdeter Religionen und als Reaktion auf Verletzungen der Religionsfreiheit ergreifen könnten.

Die „Potomac-Erklärung“ (Potomac Declaration – auf Englisch):

<https://www.state.gov/j/drl/irf/religiousfreedom/284554.htm>

Der „Potomac-Aktionsplan“ (Potomac Plan of Action – auf Englisch):

<https://www.state.gov/documents/organization/284812.pdf>

Diese Agenturmeldung ist auch im Internet abrufbar unter: www.apd.info

IMPRESSUM:

Nachrichtenagentur APD

Zentralredaktion Deutschland, Postfach 4260, 73745 Ostfildern

Tel: +49 711 44819-14

E-Mail: info@apd.info

Web: www.apd.info

Facebook: /AdventistischerPressedienstDeutschland

Twitter: @apd_info

Radio: www.hopechannel.de/radio/mediathek/serie/ml/apd-schau

© Nachrichtenagentur APD Ostfildern (Deutschland) und Basel (Schweiz)

Kostenlose Text-Nutzung nur unter der Bedingung der eindeutigen Quellenangabe und klaren Zuordnung zur Quelle „**APD**“ gestattet.

Das © Copyright an den Agenturtexten verbleibt auch nach ihrer Veröffentlichung bei der Nachrichtenagentur APD.

APD ® ist die rechtlich geschützte Abkürzung des Adventistischen Pressedienstes